

Personalvertretungsrecht

Hessische Landesfeuerweherschule



Quelle: www.dbwv.de

Mario Mißler

[illegible]

Personalvertretungsrecht

Historie

- In der Weimarer Verfassung wurden 1919 erstmals Arbeiterräte konstituiert (Art. 165).
- Mit dem Betriebsrätegesetz vom 04.02.1920 wurden die Mitbestimmung sowie die Rechte und Pflichten des Betriebsrates erstmals geregelt.
- Am 14.11.1952 trat das Betriebsverfassungsgesetz für das gesamte Bundesgebiet in Kraft (Novellierung in 1972).
- 1955 wurde erstmals ein Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst geschaffen, ab 1974 in Landespersonalgesetze überführt.

Mario Mißler

2

Personalvertretungsrecht

Das HPVG

- Zuletzt geändert am 16.12.2015
- Derzeit läuft die Novellierung
- gilt für alle Verwaltungen und Betriebe des Landes, der Gemeinden, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie für die Gerichte des Landes

Mario Mißler

3



Personalvertretungsrecht

Zusammenarbeit von Personalrat & Dienststellenleitung

- Dienststellenleitung und Personalrat stehen sich innerhalb der Dienststelle als gleichberechtigte Partner gegenüber.
- Es besteht kein Über-/Unterordnungsverhältnis und kein Weisungsverhältnis.
- Beide Parteien sollen zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zum Wohle der Beschäftigten zusammenarbeiten.
- Es gilt das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit (§ 60 Abs. 1).



Personalvertretungsrecht

Grundsätze (HPVG):

- Ab fünf (wahlberechtigten) Beschäftigten ist ein Personalrat erforderlich, wahlberechtigt sind alle Beschäftigten ab dem 18. Lebensjahr.
- Wahl für vier Jahre, Dienststellenleitung ist für die Durchführung zuständig.
- Die Größe des Personalrates richtet sich nach der Anzahl der wahlberechtigten Arbeitnehmern.
- Personalratsmitglieder unterliegen dem besonderen Kündigungsschutz.
- Freistellungsmöglichkeit ab 300 wahlberechtigten Beschäftigten.




Personalvertretungsrecht

Grundsätze (HPVG):

- Mindestens einmal im Monat soll ein Erörterungsgespräch stattfinden
- Es gibt vier Beteiligungsformen bei folgenden Sachthemen:
 - Soziale Angelegenheiten
 - Personelle Angelegenheiten
 - Organisatorische und wirtschaftliche Angelegenheiten
- BL & PR können Dienstvereinbarungen schließen (Initiativrecht)
- Einmal im Jahr ist eine Personalversammlung durchzuführen

Regierungspräsidium Kassel

HESEN



Personalvertretungsrecht

Aufgaben eines Personalrates (§ 62 HPVG):


Gruppendiskussion

Mario Müller

7

Regierungspräsidium Kassel

HESEN



Personalvertretungsrecht

Funktionen neben dem Personalrat:

➤ Gleichstellungsbeauftragte/r

➤ Schwerbehindertenvertretung

➤ Jugend- und Auszubildendenvertretung

➤ Datenschutzbeauftragte/r

➤ Beauftragter für Arbeitsschutz

➤ Gewerkschaftsbeauftragte/r


➤ ...

Mario Müller

8

Regierungspräsidium Kassel

HESEN



Personalvertretungsrecht

Beteiligungsformen des Personalrates:

1. Information

2. Anhörung

3. Mitwirkung

4. Mitbestimmung

Mario Müller

9

3

13

14

16

Beteiligungsform - MITBESTIMMUNG

- Mario Mißler

16

Beteiligungsform – MITBESTIMMUNG – Beispiele:

- Mario Mißler

17

Beteiligungsform – MITBESTIMMUNG – Beispiele:

- Mario Mißler

18

Personalvertretungsrecht

Beteiligungsform – MITBESTIMMUNG – Beispiele:

- Ablehnung eines Antrages auf Teilzeitbeschäftigung
- Grundsätze für Stellenausschreibungen
- Beurteilungsrichtlinien
- Erstellung von Frauenförder- und Gleichstellungsplänen
- ...
- ...

Personalvertretungsrecht

Beteiligungsform – MITBESTIMMUNG - Ablehnung:

- Der Personalrat kann die Zustimmung nur verweigern (§ 77 HPVG):
 - *Maßnahme verstößt gegen eine Rechtsgrundlage*
 - *Maßnahme kann Beschäftigte benachteiligen*
 - *Maßnahme stört den Frieden in der Dienststelle*

Personalvertretungsrecht

Initiativrecht (für soziale und personelle Maßnahmen)

- Die Initiative eine Regelung treffen zu wollen, kann sowohl von der Dienststellenleitung, als auch vom Personalrat ausgehen.
- In der Regel wird hierzu eine Dienstvereinbarung abgeschlossen.
- Die Dienstvereinbarungen sind in geeigneter Form bekannt zu machen (Schwarzes Brett, Info-Schrift, Intranet,...).
- Eine Dienstvereinbarung darf nicht gegen das HPVG verstoßen.



Betriebsverfassungsrecht

Wesentliches zum Betriebsverfassungsgesetz

- BetrVG findet Anwendung in der freien Wirtschaft.
- Ab mindestens fünf wahlberechtigten Mitgliedern kann ein Betriebsrat gewählt werden.
- Die Initiative für die Betriebsratswahl obliegt alleine den Arbeitnehmern.
- Wahl für vier Jahre.
- Die Größe des Betriebsrates richtet sich nach der Anzahl der wahlberechtigten Arbeitnehmern.
